

gewiß dem neuen Staatssekretär von Stengel die Junge etwas gelöst werden, damit man mehr erfährt in dieser Sache.

Ein Hindernis für den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages liegt nach dem „deutsch-russischen Boten“ in der deutschen Viehseuchengesetzgebung und den deutschen Abperrungsmahregeln. Die russischen Unterhändler suchen hier Erleichterungen für die Einführung des Viehes zu erreichen, denen sich Deutschland mit allem Recht widersetzt, da die Einschleppung von Viehseuchen eine weit schlimmere Wirkung für Deutschland hat, als ein Mißjahr der Ernte. Dank der guten Durchführung der Viehseuchengesetzgebung ist Deutschland fast seuchenrein geworden; eine Öffnung der Grenzen ohne die schärfsten Kontrollmaßnahmen würde den umgekehrten Zustand herbeiführen. Angesichts dieser Sachlage ist ganz unerklärlich, wenn sich deutsche Blätter dazu erniedrigen können, auch hier den Anwalt Rußlands zu machen; so schreibt das „Berl. Tagbl.“ (Nr. 605): „Selbstverständlich ist, daß die deutsche Reichsregierung ihre veterinär-polizeilichen Befehle und Ausführungen nicht bis zu einem solchen Grade überspannen darf, daß dabei nicht sowohl die öffentliche Gesundheitspflege, als vielmehr ausschließlich die heimischen Viehmäster und Viehzüchter ihre Rechnung finden. Unter der Deckadresse „Hygiene“ wird heute leider zu oft bei uns einseitig agrarische Interessenpolitik gefördert. Darunter leidet die Volksernährung in einem Reiche wie Deutschland auf das Empfindlichste. Liegt der Reichsregierung im Ernste daran, die Verhandlungen mit Rußland zu einem gedeihlichen Ende zu führen, dann darf eben die Veterinärfrage nicht in den alles beherrschenden Mittelpunkt gerückt werden. Zum Glück für Deutschland haben solche Anschauungen keinen Einfluß bei der Regierung; ein Nachgeben Deutschlands in der „Veterinärfrage“ schädigt den deutschen Viehzüchter wie den deutschen Fleischkonsumenten, da mit der Einschleppung von Seuchen der heimische Markt fast aufgehört, somit die Preise steigen, was allein den Händlern den Profit in die Taschen jagt. Der Reichstag wird somit im Interesse der Befamtheit gerade auf die Veterinärfrage sehr großes Gewicht legen.“

Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Goldap-Stallupönen-Darkehnen wurde an Stelle des verstorbenen Abg. v. Sperber Regierungsrat Kretsch (konj.) mit großer Stimmenmehrheit gewählt.

Die Seelsorge der deutschen Katholiken im Osten. Die preussische Regierung sucht nun auf einem neuen Wege ihre Polenpolitik in ein besseres Geleis zu bringen. Die seitherigen Gewaltmaßnahmen wie die staatliche Subvention durch Zulagen, Anstaltensfonds usw. haben gar keinen Erfolg gehabt. Das Schulwesen soll nach liberalen Rezepten dem Deutschtum im Osten neue Siege bereiten, doch sind die seitherigen Resultate gar nicht befriedigend. Nun versucht die Regierung ein anderes Mittel: wie nämlich die „Kreuzzeit.“ erfährt, hat der neue Oberpräsident von Posen an die „oberste katholische Kirchenbehörde“, also wohl an den Erzbischof von Posen-Breslau, ein Schreiben gerichtet, in welchem er dieselbe ersucht, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß in den nationalgemischten Gemeinden mindestens alle 3 Monate deutscher Gottesdienst gehalten werde. Wenn es sich hier um Gemeinden handelt, in denen deutsche Katholiken in erheblicher Zahl wohnen, so wird man diesen Schritt nur unterstützen müssen, wenn man nicht der Verminderung des Andrucks verleihe will, daß es hierzu erst der Anregung der Regierung bedürfe. Die deutschen Katholiken sollen sich selbst rühren und die betreffenden Ordinariate werden gewiß solchen Wünschen entsprechen. Man denke nur daran, daß die Berliner polnischen Katholiken ganz andere Ansprüche stellen. Wir zweifeln auch nicht, daß ein Teil derselben ihnen erfüllt wird, inwieweit eine geistliche Seelsorge polnischen Gottesdienst erheischt. Andererseits aber wissen wir auch, daß auf das übertriebene Nationalgefühl sich stützende Forderungen nicht gebilligt werden. Der katholische Standpunkt ist der, daß die religiösen Bedürfnisse aller Gläubigen nach Einnahme befriedigt werden müssen. Andererseits kann dem nationalen Luxus oder der Eugherrigkeit in katholischen Kirchen kein Raum gelassen werden. Das dient zur Ergänzung unserer Notiz in Nr. 267, worin die polnischen Wünsche in Berlin angeführt wurden.

Auf Grund dieser echt katholischen Auffassung bemühen sich die Ordinariate auch in Süddeutschland für die italienischen Arbeiter regelmäßige Gottesdienste einzurichten und keine Kosten hierfür zu scheuen. Es ist aber auch die religiöse Fürsorge für die deutschen Katholiken nicht minder nötig, sonst erleidet der Katholizismus im Osten tiefste Verluste durch Mißdeuten und Indifferentismus.

Ein arges Stückchen amtlicher Wahlbeeinflussung bringt „Niemicki Kujawski“. Es veröffentlicht einen Erlaß des Regierungspräsidenten von Bromberg, in welchem die Beamten aufgefordert werden sollen, im nationalen Sinne zu wählen, um den Sieg des polnischen Kandidaten in den Landtag zu verhindern. Dieser Erlaß wurde allen Beamten überbracht, und sie mußten ihren Namen darunter setzen. Sollte sich die Mitteilung bewahrheiten, so müßte das die Ungültigkeitserklärung aller nicht polnischen Mandate im Regierungsbezirk wegen amtlicher Wahlbeeinflussung zur Folge haben.

Der Militärretal fordert für 180 Oberstleutnantsstellen ein auf 7200 Mk. erhöhtes Gehalt; diese Erhöhung war schon im letzten Etat enthalten, wurde aber im Reichstage abgelehnt. Die Unteroffizierstellen sollen vermehrt und verbessert werden; die Begründung hierfür fällt nicht schwer; selbst der „Vorwärts“ anerkennt, „daß die Lage der jetzigen Unteroffiziere keine glänzende ist“; aber er lehnt „diesem System“ gegenüber jeden „Mann und Groschen“ ab. Eine höchst unfreundliche Ausnahme wird die gewünschte Ostmarkenzulage in den gemischtsprachigen Provinzen für die mittleren und unteren Militärbeamten wie für die Unteroffiziere finden. Nachdem Preußen auf diesem Gebiete politischen Bankrott gemacht hat, liegt für das Reich doppelt kein Grund vor, die preussische Polenpolitik zu unterstützen durch die Einführung solcher demoralisierend wirkender Zulagen.

Der bairische Landtag ist gestern feierlich eröffnet worden. Die Parteistärke ist nahezu dieselbe wie im früheren; das Zentrum hat mit 23 Abgeordneten An-

spruch auf die Stelle des ersten Vizepräsidenten. Aus der Thronrede ist zu entnehmen, daß der Etat einen Fehlbetrag von 11 Millionen aufweist, die teilweise durch Erhöhung der Einkommen- und Kapitalrentensteuer gedeckt werden sollen, ein sehr unliebsames Weihnachtsgeheim für Baden. Ueber die Reichsfinanzreform ist nur gesagt: „Bzüglich des finanziellen Verhältnisses der Einzelstaaten zum Reich wird die Regierung es sich angelegen sein lassen, diejenigen Maßnahmen der Reichsleitung zu unterstützen, welche geeignet sind, das Reich für seine finanziellen Aufgaben leistungsfähig zu machen und welche zugleich verbürgen, daß den Einzelstaaten die Durchführung ihrer Kulturaufgaben nicht erschwert werde.“ Der wichtigste Punkt in der Thronrede liegt in der Ankündigung eines Gesetzentwurfs über die Aenderung des Landtagwahlverfahrens. Danach soll die Wahl zur Zweiten Kammer künftighin auf der Grundlage des allgemeinen gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts stattfinden. Gleichzeitig soll die Mitgliederzahl der Ersten Kammer durch gewählte Vertreter der wirtschaftlichen Berufsvereinigungen und durch einzelne bei der Leitung der kommunalen Selbstverwaltung bewährte Männer vermehrt und die Einwirkung der Ersten Kammer auf die Geschäfte des Staates unter Aufrechterhaltung der bevorrechtigten Stellung des anderen Hauses angemessen verstärkt werden.“ Die Einführung des Reichstagswahlrechts ist ein großer Erfolg der Zentrumspartei in Baden, die diese Partei seit Jahren verfolgte hat; der aus Gesundheitsrückichten zurückgetretene Abgeordnete Wacker darf sich herzlich ob dieses Sieges über die so lange widerstrebenden Nationalliberalen freuen. Nachdem Bayern und Württemberg eine Warenhaussteuer eingeführt haben, will nun Baden auch nachfolgen und diese den Gemeinden überlassen.

Katholisch-polnische Arbeitervereine. Rummehr ist auch zwischen den polnischen Arbeitervereinen Oberschlesiens eine politische Scheidung erfolgt. In Katowitz wurde ein Verband katholisch-polnischer Arbeitervereine Oberschlesiens unter Führung des Pfarrers Stephan gegründet. Die einzelnen Vereine sollen unter Leitung der Ortsgeistlichen stehen und haben mit der „Katholik“-Bildung „Verein gegenfeitiger Hilfe“ nichts gemein. Der neue Verein will sich ein eigenes Organ gründen.

Die Eisenbahnfrage taucht immer wieder in den einzelstaatlichen Parlamenten auf. Im württembergischen Landtage fand im letzten Sommer eine sehr eingehende Debatte über die gegenseitigen Schikanierungen einzelner Bahnverwaltungen statt; vom Reiche wurde Abhilfe gefordert; eine nicht zu unterschätzende Strömung im Lande will aber sofort sich der preussisch-hessischen Gemeinschaft anschließen, was die Regierung ablehnt. Die sächsische Regierung scheint auf denselben Boden zu stehen; unser Finanzminister hat sich am Montag sehr scharf gegen einen Anschluß an das preussische Reiz ausgesprochen. In der bairischen Reichsratskammer erbob an denselben Tage Prinz Ludwig, der künftige Thronfolger, seine Stimme, um die Einzelstaaten zu ersuchen, die gegenseitige scharfe Konkurrenz zu mildern. Wenn Bayern damit den Anfang macht, ist gerade für Süddeutschland sehr viel gewonnen.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhaus erklärte Deschatta, die Deutschen seien in einem Passivzustand geneigt unter Wahrung ihres Besitzstandes. Die von den Slowenen vorgebrachten Klagen seien zumeist unbegründet. Redner bejogt von der ungarischen Auslegung der Ausgleichsgesetze eine Teilung der Arme und gefährliche Konsequenzen für das Institut der Delegationen sowie für den Ausgleich. Stranitz kritisiert das Verhalten der Regierung gegenüber den kulturellen Forderungen des tschechischen Volkes und wendet sich gegen den Widerstand der Deutschen gegen die Errichtung tschechischer, slowenischer und italienischer Universitäten. Nur in der Gleichberechtigung der Nationalitäten liege die Zukunft Oesterreichs.

Norwegen. Der Verfassungsausschuß des Storting empfahl einstimmig, den Grundgesetzvorsatz betreffend das staatsbürgerliche Stimmrecht für Frauen zu verwerfen, sowohl weil man zu wenig Erfahrung bezüglich der Wirkungen des kommunalen Stimmrechts der Frauen gewonnen habe, als auch weil die Forderung noch nicht unter den Stimmberechtigten derartige Unterstützung gefunden habe, daß die Zeit für eine solche Erweiterung des Stimmrechts als gekommen erscheine.

Türkei. Die österreichische und russische Botschaft haben die Vorschläge zur Durchführung der ersten zwei Punkte der Reformnote vom 22. Oktober unter Zugiehung einiger Konsuln festgestellt. Sie betreffen die Vertretung der beiden Mächte beim Generalinspektor der mazedonischen Provinzen und die Neugestaltung der Gendarmerie. Ein türkischer Ausschuß unter Vorsitz des Marschalls Sefi Pascha und mit Alexander Karatobordy und Tefwit Pascha als Mitgliedern hat die Vorschläge zu prüfen und eine Einigung herbeizuführen. Der frühere erste Dragoman der österreichischen Botschaft Bogatscher, der jetzt im Ministerium des Außenwärtigen in Wien beschäftigt ist und der Abteilungschef Hartwig in Petersburg sollen als Vertreter in den Provinzen in Aussicht genommen sein.

Sächsischer Landtag. Dresden, den 1. Dezember 1908.

Zweite Kammer. Auf die gestrige Overture der Etat-Debatte in der zweiten Kammer folgte heute der erste Akt. Vorerst aber ging noch ein Vorspiel in Szene, das mit der folgenden Handlung nur in losem Zusammenhange steht, nämlich die Beratung über die von 81 Abgeordneten (mit Ausnahme des Abg. Günther) unterschriebene und an den König zu richtende Loyalitäts-Adresse. Die Sitzung eröffnete der Präsident Postel Dr. Rehnert um 10 Uhr vormittags. Nach Vortrag der Regiertranche wird in die Tagesordnung eingetreten. Den ersten Punkt derselben bildete die Ergebnisadresse an den König. Vizepräsident Opiß beantragt, von der Wahl eines Referenten und Korreferenten Abstand zu nehmen. Abg. Günther erklärt, es sei in allen parlamentarischen Korporationen Brauch, daß man auf die Thronrede des Regenten anders ant-

worte, als es in dem vorliegenden Adreßentwurf geschehe. Er könne sich der Adresse in dieser Form nicht anschließen. In der Adresse werde auf eine allgemeine segensreiche Tätigkeit Bezug genommen. Die Thätigkeit der konservativen Mehrheit habe er aber bekämpft. So halte er das bestehende Klassenwahlrecht, die hohen Anforderungen an die Steuerleistung usw. für ein bedauerliches Unrecht. Er hätte erwartet, daß in der Adresse die Wünsche und Beschwerden des Volkes zum Ausdruck gelangen. Deshalb habe er abgelehnt, die Adresse, zu deren Beratung er nicht beigezogen wurde, zu unterzeichnen. — Vizepräsident Dr. Schill entgegnet, es sei gerade die Absicht gewesen, das Eingehen auf einzelne politische Akte zu vermeiden und die politische Tätigkeit unerwähnt zu lassen, da es sich um einen Akt der Loyalität und herzlicher Teilnahme an dem das Königshaus betreffenden Mißgeschick handle. Er müsse es dem Vordredner überlassen, wie er den ersten Teil seiner Erklärung mit dem zweiten Teile derselben in Einklang bringe. Der Adreßentwurf wird hierauf mit allen übrigen gegen die Stimme des Abg. Günther angenommen. Da die Adreßdeputation aus dem Präsidenten als Vorsitzenden und 5 Mitgliedern des Hauses zu bestehen hat, werden die Abg. Nietzhammer, Sekretär Ahnert, Gräfe, Wittig und Hartwich als Mitglieder ausgelost. — Bei der Wahl der Adreßdeputation ereignete sich ein heiterer Zwischenfall. Als nämlich der Präsident, Hofrat Dr. Rehnert mitteilte, daß er die Namen sämtlicher Abgeordneten, mit Ausnahme der durch Krankheit entschuldigten, auf Zettel habe schreiben sollen, um die Namen jener fünf Abgeordneten, die ihn zum König begleiten sollen, durch das Los zu bestimmen, und der Ruf „Günther!“ fiel, schüttelte der Präsident das Haupt und erklärte: „Wenn der Abg. Günther gewählt wird, dann gehört er auch der Deputation an.“ Bei Fortsetzung der Etat-Debatte verließ der Präsident den Sitzungssaal und übergab den Vorsitz dem Vizepräsidenten Dr. Schill, dessen Platz hierauf zum erstenmale der zweite Vizepräsident Opiß einnahm.

Staatsminister Dr. Otto ergreift das Wort, um auf einige Punkte, bezüglich derer Abg. Schied in seiner gestrigen Rede Auskunft wünschte, zu reagieren. Die erste Klage sei die gewesen, daß der Verwaltungsdienst allzusehr mit schematischen Arbeiten ausgefüllt werde. In dieser Angelegenheit sei im Justizministerium bereits ein Entwurf einer Verordnung vorbereitet, welcher etwa bis zum 1. Februar 1904 veröffentlicht werden dürfte, nachdem er von den Ministern geprüft sein werde. Aber auch dieser werde keine gründliche Aufräumung der in dieser Hinsicht gehäuerten Wünsche und Beschwerden zur Folge haben, und auch in Zukunft werden sich die Referendare mit etwas mehr schematischen Arbeiten beschäftigen müssen. Es müßten sonst mehr Verwaltungsbeamte angestellt werden, was den Etat erhöhen würde. Oder man hätte müssen die Remunerationen einziehen. Durch diese jedoch wird der Zugang in die juristische Beamtenenschaft aus mittleren und kleineren Kreisen erhalten. Dieser Zugang sei aber sehr heilsam und sehr dienlich. Die Klagen über unvollständige Aussprüche geminnen immer breiteren Raum, durch einen Zugang aus Kreisen, die dem tiefer stehenden Volke näher stehen, werde aber der Zugang und die Fühlung mit jenen Kreisen aufrecht erhalten, die ebenfalls in der richterlichen Karriere berücksichtigt werden. Deshalb möge man es in dieser Beziehung vorläufig beim Alten bleiben lassen. Betreffend die vom Abg. Schied erwähnte Verlangsamung des Assessor-Examens erklärt der Minister, daß man seitens des Ministeriums eifrig bestrebt sei, den bestehenden Uebelständen abzuhelfen. Es müsse versucht werden, mit den zu Gebote stehenden schwachen Mitteln das Nötige zu tun. Er hoffe, daß über kurz oder lang die Uebelstände verschwinden werden. Bezüglich der vom Abg. Schied gerügten mangelhaften Bewahrung der Hypothekenbücher bei den Amtsgerichten verweist er auf die bereits bei 30 sächsischen Amtsgerichten bestehenden musterhaften Einrichtungen, wie sie anderen Staaten noch fehlen und auf welche bei Neubauten von Amtsgebäuden ebenfalls Bedacht genommen werden wird.

Abg. Pöhnel stellt den Antrag, den 1. Rechnungschaftsbericht auf die Finanzperiode 1900/01 und desgleichen den Finanzbericht der Rechnungschaftsdeputation und den außerordentlichen Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1904/05 der Finanzdeputation A zu überweisen. Im Anschlusse an diesen Antrag spricht Redner dem Finanzminister den Dank aus. Er hält sich verpflichtet, daß der Minister in der Deputation die weitgehendsten Auskünfte erteilen werde und so bestehende Uebelstände gemeinsam beseitigt werden können. Heute sagte er die Unterstützung seiner Parteigenossen zu, ferner kommt er auf das Eisenbahnwesen zu sprechen worauf er gegen den Abgeordneten Günther polemisierte, über die Ergänzungsteuer und die Ortsschulden sich verbreitete. Im außerordentlichen Etat habe man sich die größte Beschränkung auferlegt und es handle sich darin zumteil nur um letzte Raten und Nachtragspostulate. Redner und seine Parteigenossen stimmen mit der Tendenz derselben vollkommen überein.

Abg. Dr. Vogel bemängelte in längerer Rede u. a., daß die Königl. Dekrete als geheime Staatsakten behandelt werden so lange, bis die Abgeordneten in das Haus eintreten, und brachte dann unter Verleugung des Hauses den Finanzminister in Gegenwart mit seinem Kollegen vom Kultusdepartement, Staatsminister Dr. Rüge hatte in seiner gestrigen Rede ihn (Dr. Vogel) des Mangels an Sparfamkeitsgefühl geziehen, weil er vor einigen Tagen den Bau eines neuen Museums als dringende Notwendigkeit gefordert habe. Hierauf antwortete Abg. Dr. Vogel mit dem Nachweis, daß jene Forderung vom Kultusminister gestellt worden sei.

Abg. Andrä rügte den allzu großen Hochwiltstand in den Staatsforsten, sowie auch die ganze Höhe der Wachtsumme. Ferner bemängelte er die Einrichtung der Wagen der Schmalpurbahnen, die für ein Zwergengeschlecht, nicht aber für ausgewachsene Germanen geschaffen sein.

Abg. Gräfe vermahnt seine Partei gegen den Vorwurf des Abg. Opiß in seiner gestrigen Rede, daß neben einer Partei, welche nicht mehr im Hause vertreten ist, auch von Seite der Unliberalen die Ungünstigkeit im Lande

gewedt
seiten de
über den
Einkomm
Gerange
sächliche
Bortwurf
warm fi
Etatbed
Er
vom P
gab der
Se. R
und sein
nung an
seines
folgen
unter d
verteilt
an den
sei, wes
des G
bürger
Adresse
worauf
selbst
2 Mitg
rungs
zu Wi
Dr. B
bürger
woch,
Petiti

Vortr
entgeg
Wirtl.
Um
ordnu
lung,
geben

Schla
dem
Kafin

Witt
word
bevol
und
mäch
mahl
mäch
Mini
geren

Römi
Begl
3. ur
bei n
und
balle
Ueb
leine

feier
der
Zub
gezo
erfre
Die

der
Dru
gese
das
alle

an
die
ein
Lig
wo

It
des
Be
kur
sta
sta
Pr
jar
Pr
W
vi
W
ab
fo
lic